



Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Jugend

Sitzungstermin: Mittwoch, den 27.05.2026

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:11 Uhr

Ort, Raum: Ratssaal

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung
- 2 . Schulausschuss
 - 2.1 . Einwohnerfragestunde
 - 2.2 . Genehmigung des Protokolls vom 11.02.2026
 - 2.3 . Bericht der Verwaltung
 - 2.4 . Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung innerhalb der Ferienzeiten für Kinder ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe **SV/FD2/003/2026**
 - 2.5 . Anpassung der Richtlinie der Stadt Diepholz zu Elternbeiträgen in Kindertagesstätten **SV/FD2/004/2026**
 - 2.6 . Verschiedenes
 - 2.7 . Fortsetzung der Einwohnerfragestunde
- 3 . Jugendausschuss
 - 3.1 . Einwohnerfragestunde
 - 3.2 . Genehmigung des letzten Protokolls vom 11.02.2026
 - 3.3 . Bericht der Verwaltung
 - 3.4 . Vorstellung der Arbeit des Netzwerkes gegen Häusliche Gewalt im Landkreis Diepholz e.V. - hierzu ist Frau Silvia Lücke, Pädagogische Leitung, geladen
 - 3.5 . Gewährung eines Zuschusses für den Diepholzer Mädchentreff **SV/FD2/002/2026**
 - 3.6 . Make-Lab Diepholz - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **SV/FD2/005/2026**
 - 3.7 . Verschiedenes
 - 3.8 . Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

Anwesende Mitglieder

Frau Sandra Huntemann

CDU/FDP-Gruppe

Vorsitzende Ausschuss
BJ

Herr Christian Brebeck Herr Heino Langhorst	CDU/FDP-Gruppe CDU/FDP-Gruppe	Vertretung für Herrn RH Wilhelm Paradiak
Herr Wilhelm Reckmann	CDU/FDP-Gruppe	Vertretung für Herrn Mathis Langhorst ab 16:08 Uhr
Herr Mark Schier Frau Dagmar Brinkmann Herr Ralf Evers	CDU/FDP-Gruppe SPD-Fraktion SPD-Fraktion	Vertretung für Herrn Ralf Jacobsen
Herr Andreas Meine Frau Bettina Kuhlmann	SPD-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Rektorin Susanne Brandt	Grundschule Sankt Hülfe/Heede	
Herr Rektor Michael Heil Frau Rektorin Susanne Huntemann	Grundschule Aschen Grundschule An der Hindenburgstraße	
Frau Rektorin Claudia Klenke Frau Sandra Mangels	Mühlenkampfschule Vertreter von anerkannten Trägern der freien Wohlfahrtsverbände	
Frau Petra Hage Frau Stefanie Plogmann Frau Julia Michel Frau Silvia Lücke	Fachdienstleiterin Verwaltung Verwaltung Pädagogische Leitung des Netzwerkes gegen Häusliche Gewalt im Landkreis Diepholz e.V.	Protokollführung

Abwesende Mitglieder:

Herr Mathis Langhorst	CDU/FDP-Gruppe	entschuldigt
Herr RH Wilhelm Paradiak	CDU/FDP-Gruppe	entschuldigt
Herr Ralf Jacobsen	SPD-Fraktion	entschuldigt
Herr Johnny Sommer	Lehrervertretung (Schulausschuss)	entschuldigt
Frau Anna Sommerei	Lehrervertretung (Schulausschuss)	entschuldigt
Elisabeth Humburg	Vertreter von anerkannten Trägern der freien Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Herr Miklos Szabo	Stadtelternrat	entschuldigt
Herr René Tomaschek	Stadtelternrat	entschuldigt
Frau Beate Hagemann	Senioren- und Behindertenbeirat	entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzende Huntemann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Jugend und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

zu 2 Schulausschuss

zu 2.1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Schulausschuss gerichtet.

zu 2.2 Genehmigung des Protokolls vom 11.02.2026

Der Schulausschuss beschließt mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Das Protokoll vom 11.02.2026 wird genehmigt.

zu 2.3 Bericht der Verwaltung

Grundschule Aschen

FDL Hage informiert über die Grundschule Aschen, die nun die Genehmigung zur Führung einer offenen Ganztagsschule für alle Klassenstufen erhalten hat. Diese Zusage ist Ende April eingegangen, sodass die Grundschule ab dem kommenden Schuljahr offiziell als Ganztagsschule geführt werden kann.

Förderanträge zur Kreisschulbaukasse

FDL Hage erläutert die Situation bezüglich der Kreisschulbaukasse. Sie führt aus, dass an drei der vier Grundschulen der Stadt Baumaßnahmen durchgeführt worden sind, um die Anforderungen des verpflichtenden Ganztags zu erfüllen. Für jede dieser Schulen sind entsprechende Anträge auf Förderung bei der Kreisschulbaukasse gestellt worden. FDL Hage erklärt, dass der Landkreis das Verfahren geändert hat, sodass keine vorläufigen Bewilligungsbescheide mehr ausgestellt werden. Stattdessen erhalten die Antragsteller lediglich eine erste Einschätzung per E-Mail, die die Förderfähigkeit und eine grobe Angabe zur möglichen Höhe der Förderung umfasst. Bislang liegt eine solche Rückmeldung nur für die Grundschule an der Hindenburgstraße vor. Für die beiden im Vorjahr gestellten Anträge steht eine Rückmeldung noch aus. FDL Hage führt dies auf die hohe Arbeitsbelastung beim Landkreis zurück, da alle 38 Grundschulen im Kreis Anträge gestellt haben.

Gemeinsames Treffen zum Thema Schuleingangsuntersuchung

Frau Michel berichtet von dem gemeinsamen Treffen zum Thema Schuleingangsuntersuchung, welches am 15.04.2026 stattgefunden hat. An diesem Treffen haben die Kitaleitungen, alle vier Schulleitungen, drei Vertreter des Gesundheitsamtes – darunter Frau Schulenberg (Teamleiterin des Schulärztlichen Dienstes), eine Kinderärztin und die Koordinatorin der Schuleingangsuntersuchung – sowie sie als Vertreter der Stadt

teilgenommen. Frau Michel erklärt, dass Frau Schulenberg das Verfahren der Schuleingangsuntersuchung erläutert hat. Die Kinderärztin und die Koordinatorin sind auf Fragen und Hinweise aller Teilnehmer eingegangen und haben diese umfassend beantwortet. Im Anschluss haben sowohl alle Kitaleitungen als auch Schulleitungen Maßnahmen vorgestellt, die in den Einrichtungen den Übergang von der Kita in die Schule erleichtern sollen. Frau Michel hebt hervor, dass sie ausschließlich positive Rückmeldungen zu diesem Treffen erhalten hat und bislang keine weiteren Wünsche nach einem Folgetermin geäußert worden sind.

zu 2.4 Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung innerhalb der Ferienzeiten für Kinder ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe

Vorlage: SV/FD2/003/2026

FDL Hage erläutert, dass ab dem Schuljahr 2026/2027 alle Erstklässler einen gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben, der auch während der Ferienzeiten gilt. Ausgenommen hiervon ist lediglich eine Schließzeit von vier Wochen, sodass für die verbleibenden acht Wochen ein Betreuungsanspruch besteht. Dieser umfasst fünf Tage pro Woche mit jeweils acht Stunden Betreuung. Während die Verantwortung für die Betreuung in der Schulzeit bei den Schulen bzw. Schulträgern liegt, ist der Landkreis für die Ferienbetreuung zuständig. Der Landkreis hat jedoch entschieden, diese Aufgabe an die Kommunen zu übertragen, da dezentrale Angebote vor Ort als alternativlos angesehen werden. Hierfür ist der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung erforderlich.

FDL Hage berichtet weiter, dass im Januar eine Projektgruppe gebildet wurde, die aus Mitarbeitenden des Landkreises sowie Vertretern aus fünf Kommunen bestand. Herr Werner hat die Stadt Diepholz in dieser Gruppe vertreten. Die Kooperationsvereinbarung wurde in diesem Rahmen erarbeitet und stellt einen geeigneten Rahmen für die Sicherstellung der Ferienbetreuung dar. Die Stadt Diepholz verfügt bereits über 13 Jahre Erfahrung mit freiwilliger Ferienbetreuung, die jedoch in geringerem Umfang als der nun geforderte Rechtsanspruch angeboten wurde. Die geplante Ferienbetreuung umfasst zwei Wochen in den Osterferien, vier Wochen in den Sommerferien und zwei Wochen in den Herbstferien. Während der Rechtsanspruch nur für Erstklässler gilt, soll das bestehende freiwillige Angebot für Zweit- bis Viertklässler weiterhin bestehen bleiben.

FDL Hage führt aus, dass der Landkreis eine Gruppenpauschale von 4.150 Euro pro Gruppe bereitstellt. Die Gruppen sollen maximal 20 Kinder umfassen, wobei mindestens 10 Kinder erforderlich sind, um eine Gruppe zu bilden. In kleineren Gemeinden, in denen diese Mindestanzahl nicht erreicht wird, sollen Kinder auf benachbarte Kommunen verteilt werden. Der Anspruch besteht jedoch bereits ab einem Kind, sodass auch bei nur einer Anmeldung eine Gruppe gebildet werden muss. Die tatsächliche Nachfrage ist derzeit schwer abzuschätzen, weshalb nach einem Jahr eine Evaluation der Regelungen erfolgen soll. Die Pauschale wird jährlich indexiert, um eine Anpassung an die tatsächlichen Kosten zu ermöglichen.

Für Kinder mit Beeinträchtigungen wird pro Kommune eine zusätzliche Fachkraft finanziert, wofür eine Pauschale von 1.250 Euro vorgesehen ist. FDL Hage merkt an, dass diese Regelung möglicherweise nicht ausreicht, falls eine größere Anzahl von Kindern mit Beeinträchtigungen das Angebot in Anspruch nimmt. Auch hier muss die tatsächliche Nachfrage abgewartet werden.

FDL Hage weist darauf hin, dass die Ferienbetreuung nicht kostenfrei für Eltern ist. Der Landkreis hat eine Empfehlung von zwei Euro pro Betreuungsstunde ausgesprochen. Die Stadt Diepholz plant, diese Empfehlung in ihrer Richtlinie umzusetzen, die seit 2018

unverändert ist. Eine Anpassung der Richtlinie wird im nächsten Tagesordnungspunkt behandelt.

RH Evers erkundigt sich, ob die Pauschale von 4.150 Euro pro Gruppe bei höheren Kosten angepasst werden könnte. FDL Hage bestätigt, dass nach einem Jahr eine Evaluation stattfinden wird, um die Angemessenheit der Pauschale zu überprüfen. Sie betont, dass die tatsächlichen Kosten und die Nachfrage erst nach einem vollständigen Schuljahr verlässlich beurteilt werden können.

RH Reckmann fragt nach der bisherigen Inanspruchnahme des freiwilligen Ferienangebots. FDL Hage gibt an, dass für die diesjährigen Sommerferien bislang 14 Anmeldungen vorliegen, wobei die Anmeldefrist noch eine Woche laufen wird. Durchschnittlich ist mit etwa 20 Kindern zu rechnen.

Der Schulausschuss empfiehlt 8 Ja-Stimmen:

Die Stadt Diepholz übernimmt die Erfüllung des gesetzlichen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung nach § 24 Abs. 4 SGB VIII (in der Fassung ab 01.08.2026) während der Ferienzeiten für Kinder ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe. Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, die vorliegende Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Diepholz für die Übernahme der o.g. Aufgabe abzuschließen.

zu 2.5 Anpassung der Richtlinie der Stadt Diepholz zu Elternbeiträgen in Kindertagesstätten

Vorlage: SV/FD2/004/2026

FDL Hage erläutert, dass die Stadt Diepholz seit 2013 auf freiwilliger Basis eine Ferienbetreuung anbietet, die bisher ausschließlich berufstätigen Eltern zur Verfügung stand und nur bei einer Mindestteilnehmerzahl von fünf Kindern durchgeführt wurde. Zukünftig wird diese Regelung geändert, sodass Erstklässler unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern einen Anspruch auf Ferienbetreuung haben. Die Betreuung wird sukzessiv ausgeweitet, sodass in vier Jahren alle vier Grundschulklassen in die Ganztagsbetreuung während der Ferien einbezogen werden. Die Mindestteilnehmerzahl wird auf zehn Kinder pro Gruppe festgelegt, während maximal 20 Kinder pro Gruppe aufgenommen werden können. Vorrang haben dabei Kinder aus Diepholz, beginnend mit Erstklässlern. Sollten Plätze frei bleiben, können auch Kinder aus Nachbarkommunen berücksichtigt werden.

RH Schier betritt um 16:08 Uhr den Raum.

FDL Hage führt weiter aus, dass der Kostenbeitrag weiterhin durch den Evangelisch-lutherischen Kindertagesstättenverband eingezogen wird, was für die Stadt Diepholz einen administrativen Vorteil darstellt. Der Beitrag orientiert sich an der Empfehlung des Landkreises und beträgt zwei Euro pro Betreuungsstunde, wobei die Mittagsverpflegung nicht inbegriffen ist. Eltern, die eine Mittagsverpflegung wünschen, müssten hierfür zusätzlich 20 Euro pro Woche bezahlen. Diese Regelung entspricht der bisherigen Praxis.

Nach einem Jahr soll die Richtlinie grundlegend überarbeitet und neu strukturiert werden, um die Erfahrungen aus der Umsetzung zu berücksichtigen und die Abgrenzung zwischen Kindertagesstätten und Schule klarer zu definieren. Auch die Beitragskalkulation soll in diesem Zuge überprüft werden.

Auf die Frage der RF Kuhlmann inwieweit die Eltern auf die Möglichkeit der Befreiung von den Elternbeiträgen informiert werden, erläutert FDL Hage, dass diese Information bereits in den Schreiben enthalten ist, die an die Schulen verschickt werden, um die Anmeldung zur Ferienbetreuung zu ermöglichen.

Der Schulausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen:

Der Rat beschließt die Neufassung der Richtlinie zu Elternbeiträgen in Kindertagesstätten der Stadt Diepholz in der anliegenden Entwurfsfassung.

zu 2.6 Verschiedenes

Es werden keine Punkte behandelt.

zu 2.7 Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gestellt.

zu 3 Jugendausschuss

Vorsitzende Huntemann eröffnet die Sitzung des Jugendausschusses um 16:25 Uhr.

zu 3.1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gerichtet.

zu 3.2 Genehmigung des letzten Protokolls vom 11.02.2026

Der Jugendausschuss beschließt mit 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Das Protokoll vom 11.02.2026 wird genehmigt.

zu 3.3 Bericht der Verwaltung

FDL Hage berichtet über den aktuellen Sachstand der Kita-Anmeldungen für das kommende Kita-Jahr, erklärt die aktuelle Belegungssituation in der Kindertagespflege und geht auf die Zahl der Flexikinder ein, die im Sommer eingeschult werden. FDL Hage betont, dass die Stadt bestrebt ist, jedem angemeldeten Kind einen Platz anzubieten, auch wenn nicht immer der Betreuungsplatz in einer Wunscheinrichtung verfügbar ist.

Außerdem berichtet FDL Hage, dass 25 Schreiben an die Eltern der Kinder im Kindergarten-Alter rausgegangen sind, die im System für einen Kindergartenplatz nicht angemeldet sind.

FDL Hage informiert über das kommunalpolitische Praktikum, an dem 54 Jugendliche teilnehmen. Nach theoretischen Einführungen und Fraktionssitzungen besuchen die Jugendlichen die Ausschusssitzung, bevor das Praktikum mit einem Planspiel abgeschlossen wird.

Danach berichtet FDL Hage über das neue Angebot zur Gesundheitsförderung, welches in der letzten Sitzung vorgestellt wurden. Das Angebot einer offenen Elternberatung im Coworking Space sei mangels Nachfrage eingestellt worden. Stattdessen hat Frau Mangels eine Eltern-Kind-Gruppe im Waldorfkindergarten initiiert, die gut angenommen ist. Das Angebot von Frau Simon, ein Eltern-Kind-Spielraum nach Emmi Pikler, ist ebenfalls regelmäßig ausgebucht.

Abschließend erwähnt FDL Hage den Förderantrag im Rahmen des Programms „Präventionsketten Niedersachsen – Gesund Aufwachsen für alle Kinder“, dessen Rückmeldung im Juli erwartet wird.

Frau Plogmann geht auf die Übersicht zur Gesundheitsförderung ein, die das Bildungsbüro auf Basis eines Antrags von RF Kuhlmann erstellt hat. Die Übersicht umfasst bestehende Programme, aktuelle Bedarfe, laufende Maßnahmen und Kooperationen sowie Hemmnisse und Unterstützungsbedarfe. Diese Übersicht wird den Ausschussmitgliedern als PDF-Dokument im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Frau Michel informiert über die dritte Ergänzungsvereinbarung zur Übernahme von Aufgaben der Jugendhilfe mit dem Landkreis, die Anfang Mai geschlossen wurde. Ab 2026 beteiligt sich der Landkreis pauschal mit 1.500 Euro pro Kind im Alter von 0 bis 6 Jahren an der Betriebskostenförderung. Dabei geht es um die Kinder, die zum Stichtag 1. März des Vorjahres in Kindertagesbetreuung waren.

Zudem weist Frau Michel auf die Jugendbeteiligung hin, die am 28.05.2026 um 16:00 Uhr im Park der Generationen stattfindet. Dort können Jugendliche über die Gestaltung des geplanten sportlichen Areals mitentscheiden und an einem Namenswettbewerb teilnehmen.

RH Evers erkundigt sich nach dem Fortschritt des Projekts „Park der Generationen“ und äußert Bedenken hinsichtlich finanzieller Probleme in Bezug auf die Ausführung des Projekts. FDL Hage versichert, dass die Ausschreibung abgeschlossen ist und die ersten Arbeiten bereits begonnen haben. Finanzielle Probleme bestehen nicht.

Auf die Frage der RF Kuhlmann nach der Zielsetzung der Jugendbeteiligung, erklärt FDL Hage, dass es dabei um die Außengestaltung, wie Bänke und Aufbewahrungsmöglichkeiten, geht.

zu 3.4 Vorstellung der Arbeit des Netzwerkes gegen Häusliche Gewalt im Landkreis Diepholz e.V. - hierzu ist Frau Silvia Lücke, Pädagogische Leitung, geladen

Frau Lücke stellt das Netzwerk gegen das Häusliche Gewalt im Landkreis Diepholz e.V. vor und geht auf die einzelnen Angebote des Netzwerkes ein. Dabei hebt sie insbesondere die Bedeutung des Mädchentreffs hervor, der als niedrigschwellige Anlaufstelle für Mädchen ab 10 Jahren dient und durch kreative Aktivitäten sowie individuelle Beratung zur Gewaltprävention und Stärkung der Interessen der Mädchen beiträgt.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

zu 3.5 Gewährung eines Zuschusses für den Diepholzer Mädchentreff **Vorlage: SV/FD2/002/2026**

Frau Lücke informiert über die aktuelle finanzielle Situation des Mädchentreffs, der aufgrund von Engpässen nur noch alle zwei Wochen stattfindet und dessen Mitarbeiterin in reduzierter Form tätig ist. Frau Lücke betont, dass die Reduzierung des Angebots eine Zwischenlösung ist, um den Mädchentreff nicht vollständig aufgeben zu müssen, und äußert die Hoffnung, die wöchentliche Durchführung bald wieder aufnehmen zu können.

RH Reckmann fragt nach der Herkunft der Einnahmen und der Finanzierung des Projekts. Frau Lücke erklärt, dass die Mittel bisher im Rahmen der Beratungsstellentätigkeit über das Landessozialamt und den Landkreis finanziert worden sind. Sie weist darauf hin, dass die Richtlinien für die Finanzierung Ende des Jahres auslaufen und ab dem nächsten Jahr möglicherweise Änderungen durch das neue Gewalthilfegesetz eintreten können. Sie hebt hervor, dass die Gelder des Landes seit längerer Zeit nicht erhöht worden sind, obwohl die Beratungsstellen bereits über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus arbeiteten. Zusätzlich gibt es Spenden, die jedoch nicht ausreichen, um die Finanzierungslücke zu schließen.

RH Schier hebt die Bedeutung der Präventionsarbeit des Diepholzer Mädchentreffs hervor und würdigt das Engagement des Netzwerks. Er weist jedoch darauf hin, dass es sich bei dem Zuschuss um eine freiwillige Leistung handelt und die Städte und Gemeinden nicht dauerhaft die Finanzierungslücken schließen können, die durch den Rückzug des Landes entstünden. Er stellt einen Änderungsantrag, der vorsieht, die Mittel in Höhe von 7.000 Euro für das Jahr 2026 bereitzustellen. Die Zeit soll genutzt werden, um ein tragfähiges und wirtschaftliches Finanzierungskonzept für die Zukunft zu erarbeiten.

RF Kuhlmann lobt die Sichtbarmachung des Themas und die Einbringung des Antrags in den Stadtrat durch Frau Lücke. Sie betont die Bedeutung der Unterstützung junger Frauen, äußert sich kritisch zu den Auswirkungen der Personalfluktuations auf das Vertrauen der jungen Menschen und betont die Notwendigkeit einer stabilen Prozessgestaltung.

RH Evers schließt sich den Ausführungen von RF Kuhlmann an und betont die Wichtigkeit der Arbeit des Mädchentreffs. Er fragt, ob es einen prozentualen Schlüssel gibt, nach dem Zuschüsse berechnet werden, und verweist darauf, dass der Beschlussvorschlag für 2027 eine erneute Überprüfung der Finanzierung vorsieht. FDL Hage erklärt, dass es keinen generellen Schlüssel gibt, sondern die Höhe der Zuschüsse sich an vergleichbaren Projekten wie der Suchtprävention oder dem Stadtteilladen orientiert, die ebenfalls 7.000 Euro jährlich erhalten.

Der Jugendausschuss stimmt über den Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion ab und empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen:

Die Mittel in Höhe von 7.000 Euro sollen für das Jahr 2026 bereitgestellt werden. Die Zeit soll genutzt werden um ein tragfähiges und wirtschaftliches Finanzierungskonzept für die Zukunft zu erarbeiten.

zu 3.6 Make-Lab Diepholz - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Vorlage: SV/FD2/005/2026**

RF Kuhlmann begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

RH Evers äußert sich unterstützend und stellt einen Änderungsantrag vor, der die Beteiligung von Jugendlichen und freien Trägern bei der Konzeptentwicklung sicherstellen soll.

RH Schier signalisiert auch Unterstützung für den Änderungsantrag und regt an, die Wissenswerkstatt in mögliche Kooperation einzubeziehen.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Der Jugendausschuss stimmt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ab und empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit, Ausgestaltung und Finanzierung eines zentral gelegenen „Make-Lab Diepholz“ für Jugendliche und junge Erwachsene zu prüfen und dem Rat ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Bei der Ausarbeitung des Konzeptes ist die Beteiligung von Jugendlichen und freien Trägern sicherzustellen.

zu 3.7 Verschiedenes

Es werden keine Punkte behandelt.

zu 3.8 Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gerichtet.

gez. Sandra Huntemann
Vorsitzende/r

gez. Michel
Protokollführer

gez. Hage
Fachdienstleiter